

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 924.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepaltenen Postzeiten oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 63.

Mittwoch, den 15. März 1916.

23. Jahrg.

Zum Wiederbeginn des Reichstags.

Von Heinrich Schulz, M. d. R.

Zum siebentenmal seit dem Ausbruch des Krieges tritt heute der deutsche Reichstag zusammen. Es harret seiner ein reiches Maß von Arbeit, sodaß die diesmalige Tagung voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, als wir sie während der Kriegszeit gewohnt geworden sind. Wahrscheinlich bringt sie auch neue Unruhe in die Partei, da sich an den verschiedenen Gesetzesvorlagen die Gegensätze in erneuter und vermehrter Weise entzünden werden. Das ist an sich kein Schade, sofern der Kampf der Gegensätze Klarheit schafft und dabei von dem Bestreben geleitet wird, die Einmütigkeit in der Grundanschauung erneut zu befestigen. Gegensätze sind nicht gefährlich, sondern können sehr nützlich wirken, solange sie bei aller äußeren Entfernung voneinander doch schließlich nur die verschieden gerichteten Ausläufer des gleichen Stammes sind. Eine Gefahr erwächst erst daraus, daß einige alleräußerste Zweiglein nicht mehr hinreichend Kraft aus der gemeinsamen Wurzel zu ziehen vermögen und abfallen. Aber auch das bedeutet für die Gesamtheit nicht immer einen Schaden, sondern befreit sie unter Umständen von wertlos gewordenem dürrer Gezweig.

Anders ist es freilich, wenn die kommende Reichstagstagung mit ihren politischen Anregungen und Aufregungen die törichte Auffassung nähren sollte, die Mehrheit der Reichstagsfraktion hätte Prinzipien verraten und sei im übrigen rettungslos dem parlamentarischen Kretinismus verfallen.

Als „gedankenlose Schwadroniere und Kindschöpfe, die nicht wissen, was Taktik ist und Zweck und Mittel verwechseln“ Anfang der neunziger Jahre dem Genossen Wilhelm Liebknecht, dem großen „Umlerner“ vorwarfen, er hätte keine revolutionäre Gesinnung, wie er sie vor dem Kriege 1870 in einer Rede in Berlin vertreten hatte, später zugunsten des Parlamentarismus preisgegeben, antwortete „der Alte“ darauf kurz und bündig: „Nun, ich habe voriges Jahr auf dem Züricher Kongress frei heraus gesagt, daß ich meine Taktik 24mal den Tag wechseln würde, wenn die Kampfbedingungen sich 24mal den Tag veränderten. Und wenn Gesinnungswechsel heißt: besserer Einsicht zugänglich zu sein und ihr die Ehre zu geben dann will ich mich noch verschiedener anderer Gesinnungswechsels mit Freuden schuldig bekennen.“ Wilhelm Liebknecht erkannte ferner offen an, daß der Krieg ein organisches verändertes deutsches Reich geschaffen habe, daß in diesem neuen Reich „auch der Wille des Volkes bis zu einem gewissen Grad zur Geltung gelangt“, und daß das in wachsendem Maße geschehe. Darum sei auch die Bedeutung des Reichstages gewachsen und die Taktik der Sozialdemokratie müsse eine andere werden: „Dank dem erwachenden politischen Leben, dank namentlich der Sozialdemokratie, die das allgemeine Wahlrecht, das nur Spielzeug sein sollte, zu einer wichtigen Waffe in der Hand des Volkes machte, ist der deutsche Reichstag eine selbständige Macht geworden, mit der jede Regierung rechnen muß. Und wir sollen freiwillig darauf verzichten, ein Teil dieser Macht zu sein, einen immer größeren Anteil an ihr uns zu erkämpfen, bis wir der maßgebende Faktor sind, was in unserem Können liegt? Da müßten wir verrückt sein. Wären heute die Verhältnisse so wie 1869, so würde ich unter gleichen Verhältnissen die gleiche Rede halten. Heute sind die Verhältnisse anders, und was ich damals über die Teilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit sagte, wäre heute selbstmörderischer Unsinn. A n d e r e Zeit — andere Taktik!“

Wir sind inzwischen wiederum über zwei Jahrzehnte älter geworden. Die Verhältnisse haben sich seitdem noch weit mehr in der Weise entwickelt, die schon damals zu einer Verringerung der Taktik im Sinne der unmittelbaren Mitarbeit und bedingten Mitverantwortlichkeit führte. Es wäre deshalb heute noch viel verrückter als damals, wenn die deutsche Sozialdemokratie jetzt zu der Taktik von „Schwadronieren und Kindschöpfen“ zurückkehren wollte. Das bedeutet natürlich andererseits nicht, daß sich die Sozialdemokratie blindlings dem Parlamentarismus zu ergeben hätte. Neben dem Parlamentarismus stehen den Arbeitern andere Mittel und Wege zur Weiterentwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens zur Verfügung. Sie haben sie in der Vergangenheit bereits oft genug mit Erfolg benutzt, sodaß sie auch auf solchen Gebieten ihren Einfluß zu vermehren vermögen, wo das Parlament nicht nur verlagte, sondern sich geradezu gegen sie wandte. Aber in solchen Zeiten und solchen Angelegenheiten in denen der Parlamentarismus der entscheidende Faktor ist, wird die Sozialdemokratie in Zukunft noch energischer als bisher die Interessen der Arbeiter im Parlament in positiver und ernsthafter Weise wahrnehmen. Sie wird das Parlament nicht zu einer bloßen Schaubühne herabwürdigen, auf der törichte und sinnlose Spektakelstücke und Demonstrationen aufgeführt werden. Dafür ist eine Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, am allerwenigsten geeignet. Mögen „Schwadroniere und Kindschöpfe“ ihre politische Untertun oder Zügellosigkeit mit unverkennbaren Redensarten dem parlamentarischen Kretinismus „marxistisch zu drapieren“ versuchen! Männer, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind, dürfen sich dadurch in ihrer schweren und bitteren

Pflicht, auch im Parlament zu tun, was der Tag erfordert, nicht betreten lassen.

Es ist wahrlich keine geringe und leichte Aufgabe die der Reichstag diesmal vorfindet. Noch tobt der Krieg wie nur je in seinen ernstesten Tagen. Die beiden bedeutendsten militärischen Gegner haben sich auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz nach langer scheinbarer Ruhe in einem fürchterlichen Waffengang gepackt. Wenn die deutschen Arbeiter dieses schreckliche Ringen mit angehaltenem Atem verfolgen, so in der Hoffnung, daß es endlich das Ende des Schreckens bringen möge. In solcher entscheidungsschweren Stunde dürfen sich die Kämpfer draußen versichert halten, daß die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage hinter ihnen stehen in dem festen Entschluß, auch ihrerseits alles zu tun und nichts zu unterlassen, was dazu beitragen kann, ihre heldenmütige Opferbereitschaft gleichzeitig zu stärken und sie doch auch möglichst bald durch ein ehrenvolles Ende wieder für Werke des Friedens frei zu machen.

In der Führung des Krieges einzugreifen, ist der Reichstag nicht berufen. Aber er kann darum doch viel für die Kriegertun. Er kann ihnen selber und ihren Angehörigen daheim ihre Lage erleichtern und den Druck der Kriegspflichten in milderer Weise mildern. Das hat er bisher getan, und das wird auch in dieser Tagung wieder geschehen. Die weiteren Aufgaben des Reichstages liegen auf dem inneren Gebiet und sind wirtschaftlicher Natur. Die Ernährungsfragen, die der Kriegszustand über das deutsche Volk leider je länger je ernster hat entstehen lassen, muß der Reichstag nach Möglichkeit zu lindern suchen. Kein Mensch kann erwarten, daß wir im Krieg so leben wie im Frieden. Was die bittere Kriegszeit daher an Einschränkungen der Lebensgewohnheiten und selbst notwendigen Bedarfs verlangt, wird, wenn auch mit zunehmenden Zähnen, so doch mit Fassung ertragen. Es ist nur ein kleines Opfer im Vergleich zu den schweren Opfern, die die Feldgrauen zu tragen haben. Aber um so mehr fordern solche Entbehrungen zum Vergern heraus, die nur deshalb entstehen sind, weil sich die Behörden nicht rechtzeitig zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen konnten, weil sie aus later Rückzicht auf die Interessen bestimmter Bevölkerungsklassen immer wieder zögerten zu tun, was die steigende Not verlangte. In geradezu leidenschaftlicher Empörung aber bäumt sich auch der ruhige und besonnenste Mensch gegen solche Ernährungschwierigkeiten auf, die dem Volk ganz unnötigerweise als Ausfluß gemeinster menschlicher Habgier und fruppeliger Spekulationslust aufgenötigt worden sind.

Einen sehr großen Teil der Beratungen des Reichstages wird die Erledigung der Steuerfragen beanspruchen. Das schon während des Krieges neue Reichseinnahmen erschlossen werden sollen, findet auch unsere Zustimmung, nicht aber die Art, wie die Regierung die erforderlichen Millionen zu bekommen versucht. Für die Kriegsgewinnsteuer sind wir zu haben. Nur soll sie noch kräftiger zupacken als die Regierungsvorlage vorsteht. Besonders müssen die Steigerungen rascher einziehen, sodaß die große Zahl der mittleren Kriegsgewinne besser getroffen wird. Ferner müssen die höchsten Prozentsätze noch um ein gutes Stück höher

her hinauf geschraubt werden. Wir wünschen ferner einen resoluten Ausbau der Reichserbchaftsteuer. Es ist eine ganz falsche Pietät, Leute vor dem Steuerzahler zu schützen, die lediglich durch Erbanfall, also ohne eigenes Verdienst, oft genug ohne eigenes Wissen über Nachbarn zu erheblichem Vermögen kommen. Gerade im Kriege gibt es durch den Opfertod vieler Braven zu Hause unerwartete und darum um so laudendere Erben. Hier muß fest zugegriffen werden, gewiß unter Schonung berechtigter Interessen, aber durch um so schonungslosere Wegnahme oder Kürzung unverdienter Bereicherung. Auch der Wehrbeitrag muß erneuert und in einer den jetzigen Verhältnissen angemessenen Weise wiederholt werden. Dem Reichsschatzsekretär werden durch diese drei Kanäle sozial Einnahmen zufließen, daß er sich die unentgeltlichen indirekten Steuern, mit denen er die Defizitlast in unangenehmer Weise überrascht hat, ersparen kann. Im übrigen kann die ganze Erledigung der Steuerfrage in diesem Zeitpunkt nur als ein Kriegssprossarium angesehen werden. Nach dem Kriege werden die Reichsfinanzen von Grund auf einer Neuordnung unterzogen werden müssen.

Eine besondere Bedeutung gewinnt der Reichstag noch diesmal dadurch, daß er der parlamentarischen Regierung des preussischen Landtages ein Ende macht. Zwar heißt es, daß das Abgeordnetenhaus sich demnächst vertagen wolle, aber doch nur um im geeigneten Augenblick wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen. Wann dieser Augenblick eintritt, bestimmen die maßgebenden Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses in erster Linie die Konservativen. Der Einfluß dieser Partei im Reichstag ist gering. Um so größer ist er im Landtag. So möchten die Herren auf dem Umweg über den preussischen Landtag auch in den Angelegenheiten des Reiches das entscheidende Wort sprechen. In den verflochtenen Wochen haben sie im Landtag schon manche vorbereitende Arbeit geleistet.

Da ist es die Pflicht des Reichstages, die Interessen des Reichs gegenüber partikularistischen Sondergelüsten jeder Art wahrzunehmen. Es geht unmöglich an, daß dem preussischen Landtag ein Vorzugsrecht vor den übrigen bundesstaatlichen Parlamenten eingeräumt wird. Was dem einseitig ist, wäre dem andern billig, sodaß die Reichsregierung sich schließlich darauf einrichten müßte, ihre Arbeit im Umherziehen von Einzelparlament zu Einzelparlament zu erledigen. Der Reichstag ist die Stelle, der die Reichssetzung für ihre innere und äußere Politik verantwortlich ist. Eine rein formalistische Auffassung des Parlamentsrechtes darf auch uns nicht dazu verführen, die einzelstaatlichen Parlamente auf Kosten des Reichstages zu stärken.

Umgekehrt muß die Stellung des Reichs und des Reichstages gegenüber einzelstaatlichen Ansprüchen gefestigt werden. Das liegt im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interesse Deutschlands und ist durch die ungeheuren Opfer des gegenwärtigen Krieges erneut und auch für weitere Kreise zur klaren Erkenntnis geworden. Vor allen Dingen aber erfordert ein Blick auf die künftigen Ereignisse, die hoffentlich in absehbarer Zeit den langgeheulten Frieden und die damit verbundene Fülle neuer gesetzgeberischer Arbeit bringen, daß der deutsche Reichstag sich seiner Bedeutung und seiner Stärke in vollem Maße bewußt ist.

Von den Kriegsschauplätzen.

Vom westlichen Kriegsschauplatz liegen heute bemerkenswerte Nachrichten nicht vor. Dagegen scheinen sich an der Isonzo-Front heftige Kämpfe zu entwickeln. Wie schwierig sich diese gestalten werden, geht schon daraus hervor, daß nach einer Mitteilung des Kriegsberichterstatters Barzini im „Secolo“ an manchen Stellen des Gebirges 30 Meter hoher Schnee liegt. Wenn die Italiener trotzdem den Kampf aufnehmen werden, dann wohl nur aus dem Grunde, um den Franzosen zu zeigen, daß sie ihnen in dem Ringen um Verdun indirekt zu Hilfe kommen, indem sie zum Angriff auf die Isonzo-Front vorgehen. Denn daß sie hier jetzt bessere Erfolge erzielen, als bei den letzten Kämpfen an dieser Stelle des Kampfplatzes, ist nicht anzunehmen.

Gestützt wird unsere Auffassung durch folgende Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Wien: „Die italienische Presse betonte in den letzten Tagen die unbedingte Notwendigkeit eines kräftigen Vorstoßes der eigenen Armee, durch den die Lage der Franzosen bei Verdun bedeutend erleichtert würde. Möglicherweise ist das in breiter Front einziehende kräftige Artilleriefeuer am Isonzo bereits das Vorpiel zu einer italienischen Offensive.“ — Kriegsberichterstatter Barzini meldet: Ganze italienische Bataillone sind unter dem Schnee begraben. Ebenso finden in den Alpen ununterbrochen Lawinenstürze statt, die bedeutende Opfer an Menschenleben fordern und die Hauptverbindungen unpasseierbar machen. Auch unsere Patrouillen im Dolomiten-

gebirge melden, mehrere höhergelegene feindliche Stützpunkte seien durch Lawinen vollständig verschüttet.“

In der italienischen Kammer griff Montag der Reformsozialist Drago das Ministerium wegen der Ausschließung jeder Mitwirkung des Parlaments heftig an. Er beschuldigte Salandra und Sonnino, daß sie auf eigene Faust Krieg führen, Politik treiben und die Nation beherrschen, selbst unter Fernhaltung ihrer Kollegen. Auf Dragos Bemerkung, die Reformsozialisten werden ihre weitere Unterstützung von der Haltung der Regierung abhängig machen, warf Salandra ein: „Das ist Ihre Sache!“, was als Entschluß gedeutet wird, keinen Ministerwechsel zuzulassen.

Die enormen Kosten, die dieser Weltkrieg verursacht, steigern sich tagtäglich. Wie aus dem in der französischen Kammer eingebrachten Gesetzentwurf über die vorläufigen Kredite hervorgeht, belaufen sich die französischen Kriegsausgaben für den Krieg ab 1. April auf mindestens 87 Milliarden Franken. Welche Kulturwerte hätten für dieses Geld geschaffen werden können!

In London ist gegenüber den Bestrebungen auf Herbeiführung eines baldigen Friedens eine neue Bewegung im Leben gerufen worden, die gegen jeden vorzeitigen Frieden wirken will. Der Oberbürgermeister von London ist mit dabei. In einer Versammlung verlas er einen Aufruf, in dem er dieser Bewegung seine Unterstützung zusichert. Der Oberbürgermeister sagte, das Volk müsse

Der Seefrieg.

Der verschärft U-Boot-Krieg in vollem Gange.

Amlicke meldet Wolffs Bureau unterm 14. März: weiteren Kreisen der Bevölkerung wird immer wieder...

Russische Kriegsschiffe an der rumänischen Küste.

Der Korrespondent der „Minerva“ veröffentlicht an Grund von Mitteilungen einer aus Varna eingetroffenen...

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der Kolonialkrieg.

Ein Telegramm des Generals Smuts vom 12. März besagt: Die Unternehmung, die am Morgen des 11. März...

Osterreich-Ungarn und Portugal.

Infolge des Eintritts des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reich und Portugal wurde der österreichisch-ungarische...

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 15. März.

Unsere Fraueneingewandlung. Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses vermachte am Montagabend die Massen der...

Wenn wir nun in das wirtschaftliche Leben hineinschauen, sehen wir, daß die Lüden, die von den Kriegsteilnehmern hinterlassen...

Gegen Rußland.

Bericht des russischen Generalstabes

vom 13. März: Westfront: In der Gegend von Riga gemächliches Geschwader und Tätigkeit der Aufklärer. Ein deutsches...

Gleichgültigkeit der Dumaabgeordneten.

In der „Kowoje Wremja“ schreibt Menschikoff in einem Artikel unter der Überschrift „Die Duma in Gefahr!“, daß das...

Die „Sichewija Wiedomosti“ meldet: In der Dumaabstimmung vom 9. März wurde eine Interpellation der Sozialdemokraten...

Die „Sichewija Wiedomosti“ erklärt, daß die Rechte jetzt die völlige Ausschaltung der Duma plant. Als Leiter der Bewegung...

Gegen England.

Die Bergarbeiterbewegung in Südwales.

Die „Daily News“ melden, daß im Kohlenrevier von Südwales eine kritische Lage wegen der nichtorganisierten...

Die Propaganda gegen den deutschen Handel nach dem Kriege...

Ignitt der Liberale Robertson im Unterhaus an. Er meinte, ein solcher Plan würde die Wirkung haben, daß...

Der Balkankrieg.

Berichte an den Reichswaffen.

Die Tonnage im Unterhaus mitteilte, betrug die Gesamtzahl der Berichte der englischen Kolonial- und Marine...

Entschloß gegen Griechenland.

Die „Morning Post“ aus Athen berichtet, daß die Entschloß gegen Griechenland, die 3mäljinsielgruppe...

die großen Ideale, (!) für die es kämpfte, stets vor Augen halten, wodurch den Kämpfern an der Front die Gewißheit...

Ein Blick als eifriger Kriegsbeher — das ist wirklich die Höhe! Im übrigen glauben wir kaum, daß diese...

Der russische Minister des Auswärtigen, Herr Sazonow, hat bekanntlich einen großen Teil seiner bei der...

Sohnt es sich denn hervorzuhoben, daß zu diesem brüderlichen...

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn...

Sien. 14. März. Amlicke wird berichtet: Russischer und Südösterreichischer Kriegsschauplatz.

Italienischer Kriegsschauplatz. In der Stange-Front begannen sich große Kämpfe zu entwickeln...

Gegen Frankreich und Belgien.

Gegen oder neben? Wolffs Bureau meldet: Unsere Truppen landen im Koblenz...

Der jüngste Generalstabbericht vom Montag nachmittag lautet: In der Gegend nördlich...

Montag abend: Meldung der Nizza gestrichen werden. Amlicke meldet: Meldung der Nizza gestrichen werden...

Die Frauenerwerbsarbeit hat riefig zugenommen. Wir hatten in ganz in der Ortstrankenfälle 6000 männliche und 21 000 weibliche Mitglieder. Es wird Mühe kosten, den Ausgleich zwischen der teuren Männer- und der billigen Frauenarbeit zu schaffen. Aber die Frauen werden dann am eigenen Leibe empfinden, was der Kapitalismus dem Lohnarbeiter antut. Gesundheitlich hat die Frau schwerer zu leiden als der Mann. Die Frau soll ja auch die zukünftige Generation gebären. Schon deshalb ist die Gesundheit verpfichtet, die Frau zu schützen. Und da gibt es in erster Linie, daß die Wöchnerinnenfürsorge noch mehr ausgebaut wird. Leider sind durch den Krieg auch die Arbeiterfürsorge, z. B. betr. die Nachtarbeit, für die Frau außer Kraft gesetzt. Und wie schwer ist es, neben der Arbeiterfrau noch die Hausfrau zu sein. Eine ewige Hejdlung, die der Frau ein dreifaches Loch auflegt. Wir fordern Hilfe für diese Arbeiterinnen. Es stehen viele Wege dazu offen. Volkshäuser, Waschanstalten, Kinderhorte, Säuglingskrippen als Staatsrichtungen erleichtern der arbeitenden Frau ihr Los. Es handelt sich um die Zukunft unseres Volkes. Jedes Menschenleben muß geholt werden. Es dürfen nicht mehr so viele kleine Kindererzogene hinausgetragen werden wie früher. Hoffentlich haben die Sorgen von heute zur Folge, daß in Zukunft viele Frauen klarer sehen werden und sich der Partei anschließen, die das Volkwohl unter allen Umständen fördert. Man wird uns freilich unsere Forderungen nicht so ohne weiteres bewilligen. Wir werden auch in Zukunft darum kämpfen müssen. Das erste Erfordernis ist die Gleichberechtigung mit den Männern. Die Frau hat auf die gleichen Staatsbürgerrechte Anspruch als der Mann. Aber zu einem Kampf gehört die Organisation. Durch sie werden wir eine Macht. Wir Frauen wollen nicht nur Lob für das Durchhalten, sondern wir wollen Taten sehen. Wir wollen Rechte haben, das ist das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte sprach zunächst Genossin Jacsókat im Sinne der Referentin. Genossin Bromme schloß in kurzen Worten die volksheldende Wirkung der neuen Steuerentwürfen und zog Vergleiche zwischen der deutschen und der englischen Kriegsgewinnsteuer. Unser Schatzsekretär fordert 5 Prozent, die Engländer erhöhen seit Jahr und Tag 30 Prozent und wollen jetzt sogar 60 von Hundert nehmen. Redner forderte zum Schluß auf, unsere Reize, den „Volkshoten“, der demnachst — wie alle anderen Blätter — wegen der hohen Papierpreise eine kleine Preiserschöpfung erfahren wird, mehr als bisher zu beachten und ihm weitere Leser zu werben. Eine Genossin führte Klage über einen Schlächter, der das Schweinefleisch immer nur seinen Kunden reservierte. Andere beschwerten sich über die Mißstände bei der Kartoffelverteilung. Nach langem Warten werden die Leute einfach wieder nach Hause geschickt, wenn es 1 oder 5 Uhr ist. Dabei wurden gar Kinder gelähmt. Der Fall soll untersucht werden. In die Debatte griffen noch die Genossinnen Jacsókat und Schömer sowie die Genossen Lütgens und Bromme ein.

Im Schlußwort hob die Genossin Lenkner, daß die Kleinfleische in Danzig weit geringer seien als in Lübeck. So z. B. koste Kämpferfleisch 1,80 M., Ochsenfleisch 1,60 M. (Bewegung.) In Danzig ist auch von der Kommandantur verboten, daß die Geschäfte Waren für ihre Kunden reserviert halten. Hier soll es auch verboten sein. Also müssen sich eben die Verbraucher mehren und beschweren. Auf die Verordnung der Kriegerfrauen übergehend, zitierte Rednerin Stellen aus der Broschüre eines Pfarrers, in der man der Kriegerfrau Verschwendungssucht und Trägheit vorwirft und sie zur Sparmäßigkeit aufgerufen wird. Mit einem Appell, der Organisation beizutreten und die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse zu fördern, schloß die Rednerin ihre mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Am Schluß wurde noch die Kriegshilfe zu durchgreifenden Maßnahmen betr. die Kartoffel- und Fleischversorgung angefordert, die zweckmäßiger vorgenommen werden müßte als bisher. Eine große Anzahl Frauen ließen sich in die Organisation aufnehmen.

Der Bürgerausschuß genehmigte heute folgende Senatsanträge: Erneuerung eines Schuppens auf dem Stadtgute Rudowitz (400 M.) und Herstellung einer Beleuchtungsanlage im Küsterröhren zu Trammünde (112 M.). Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurden die beiden Senatsanträge auf Vertiefung der Heilanstalt Streckwitz für das Rechnungsjahr 1915 budgetmäßig zur Verfügung stehenden Mittel (58 500 M.) und Bereitstellung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges im Rechnungsjahr 1915 (153 323,93 M.). Der Senatsantrag auf Bewilligung weiterer Mittel für den Bau eines Leichenhauses beim Allgemeinen Krankenhaus (20 400 M.) wurde einer Kommission überwiesen.

Nichterhebung eines Teiles der Einkommensteuer für 1916. Der Bürgerausschuß empfahl in seiner heutigen Sitzung einen Senatsantrag der Bürgerausschusses zur Mitgenehmigung, nach welchem mit Rücksicht auf die durch den Kriegszustand geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse bei Einkommen unter 3000 M. nicht 7%, sondern 6% Einkommensteuer erhoben werden sollen.

Herstellung von Indusiergebänden auf den Vorketter Wiesen. Die diese Materie behandelnde Senatsvorlage, die wir bereits vor einiger Zeit ausführlich wiedergegeben haben, beschloß heute der Bürgerausschuß. Beschlossen wurde, diese Vorlage, die mit einem Kostenaufwand von 2 296 000 M. außer Grundstücks-erwerb verbunden ist, einer 7gliedrigen Kommission zur Vorprüfung zu überweisen.

Eine Erhöhung des Zeitungspreises wird in den meisten deutschen Städten mit dem 1. April eintreten. Die bürgerliche Presse Lübecks veröffentlicht heute diese Erklärung:

Die starke Preissteigerung für alle zur Herstellung der Zeitungen erforderlichen Rohmaterialien, insbesondere die am 1. April eintretende weitere Erhöhung der Papierpreise um 40 Prozent und andererseits der Rückgang der Einnahmen aus dem Anzeigenvertrieb zwingen die deutschen Zeitungen, ihre Bezugspreise vom 1. April ab zu erhöhen, um wenigstens einen Teil der ihnen während der Kriegsdauer erwachsenden Mehrkosten zu decken.

Sämtliche zweimal täglich erscheinenden Hamburger Blätter werden ihren Bezugspreis vom 1. April ab um 20 Pfg. die einmal täglich erscheinenden um 10 Pfg. monatlich erhöhen, während die Blätter in Lübeck, Schleswig-Holstein und Mecklenburg fast ausnahmslos eine Erhöhung um 10 bis 15 Pfg. monatlich eintreten lassen werden.

- Hamburgische Correspondenz.
- Hamburger Nachrichten.
- Hamburger Fremdenblatt.
- General-Anzeiger für Hamburg und Altona.
- Neue Hamburger Zeitung.
- Hamburger Nachrichten.
- Bereinigte Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverleger.
- Bereinigte Mecklenburgischer Zeitungsverleger.
- Bereinigung Lübecker Zeitungsverleger.

Die Ausgabe der Stände zur dritten Kriegsanleihe. Es sind bezwärtigt wieder vielfach Klagen darüber laut geworden, daß die Auslieferung der Stände der dritten Kriegsanleihe sich so lange hinzieht. Demgegenüber muß immer wieder die ungeheure Masse der zu bewältigenden, besondere Sorgfalt erheischenden Druckarbeiten betont werden, die eine schnellere Erledigung einfach unmöglich macht. Gerade weil dies voranzuschreiten war, sind wir nun sehr froh, daß die Stände bis tausend Mark und darüber auf Antrag der Zeichner Zwischenscheine ausgegeben werden. Die Stände unter tausend Mark, zu denen keine Zwischenscheine ausgegeben wurden, sind zuerst hergestellt worden und konnten bereits sämtlich verteilt werden. Voraussetzliche in nächster Woche wird die Ausgabe der Stände zu 1000 M. begonnen werden, die weitaus der größten Teil der noch restierenden Stände ausmachen. Es sind nämlich 2 59 Millionen Stände zu 1000 M. herzustellen, von allen größeren Abschnitten zusammen aber nur 1 34 Millionen Stände. Die Abschnitte zu mehr als 1000 M. werden hauptsächlich in der ersten Hälfte April ausgegeben werden können; in dringenden Fällen können übrigens zu diesen Ständen auch nachträglich noch Zwischenscheine bezogen werden. Im übrigen kann das Substitut nur wiederholt gebeten werden, noch etwas Geduld zu

üben und den Verhältnissen, die eine raschere Abwicklung der ungeheuer umfangreichen Anleihegeschäfts unmöglich machen, Rechnung zu tragen.

Einsparung der Kriegsanleihezinscheine bei den Postanstalten. Uns wird geschrieben: Die fälligen Zinscheine der Reichskriegsanleihen werden seit Oktober 1915 bei allen Postanstalten am Schalter von 21. des dem Fälligkeitstage vorangehenden Monats in Zahlung genommen oder gegen bar umgetauscht. Auch größere Mengen werden angenommen, wenn der Schalterverkehr es gestattet. In Orten ohne Reichsbankanstalt werden Zinscheine in jeder Menge und in jeder Höhe von den Postanstellen vom 21. des letzten bis zum 10. des ersten Monats vor Fälligkeit umgetauscht. Dies bedeutet für jeden Besitzer von Kriegsanleihe, besonders auf dem flachen Lande, wo andere Einlösungsmöglichkeiten nicht bestehen, eine große Bequemlichkeit. Er kann die Zinscheine seiner Anleihefelle bei jeder Postanstalt, auch bei den Postagenturen in Zahlung geben oder bares Geld dafür erhalten. Diese Möglichkeit wird hoffentlich vielen den Entschluß, Ersparnisse in Kriegsanleihe anzulegen, erleichtern und sie zur Zeichnung auf die dritte Kriegsanleihe veranlassen.

Kartoffelpreise. Vom Aussehen für Kriegshilfe wird uns geschrieben: Nachdem vom Postamt im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle der Höchstpreis für Kartoffeln im Kleinhandel auf 7 Pfg. für das Pfund und auf 6,5 Pfg. für Mengen über 100 Pfund festgesetzt ist, ist vom Ausschuß für Kriegshilfe der Preis für Kartoffeln aus feinen Kellern auf 0,60 M. für 10 Pfund erhöht worden. Diese Erhöhung beruht auf den Bestimmungen des Bundesrats, wonach die Preise, die an die Erzeuger gezahlt werden müssen, für 20 Zentner auf 99, — M. in den für uns in Frage kommenden Bezugsgebieten erhöht worden sind. Einzelne kommen die Kosten für Fracht, Fuhrlohn, Einlagerung usw. Wenn der Ausschuß insulgedessen zu einer Erhöhung auf 6 Pfg. für das Pfund freiwerden muß, so werden damit seine Selbstkosten kaum gedeckt werden können. Weiter wird darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit auch im freien Handel Kartoffeln zu haben sein werden. Sobald die Zufuhren einigermaßen regelmäßig sind, was in Höhe zu erwarten steht, wird der Ausschuß für Kriegshilfe in der Lage sein, die hiesigen Kleinhandlender mit Kartoffeln zu versorgen und er hat insulgedessen bereits in letzter Zeitungsnummer die Händler, die beabsichtigen, Kleinhandel mit Kartoffeln zu betreiben, aufgefordert, sich bis zum Donnerstag, dem 16. d. M. schriftlich bei ihm zu melden.

Die Beratungskommission für Petroleumbedarf macht bekannt, daß die Ausgabe von Bezugsscheinen für das Petroleum der Kriegshilfe am Donnerstag und an den folgenden Tagen von 5—7 Uhr in der Börse stattfindet. — Am Donnerstag und Freitag werden Karten nur an Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, die sich als solche ausweisen können, abgegeben. Frauen, die tagsüber außer Hause arbeiten, usw. kommen erst am Sonnabend und den folgenden Tagen an die Reihe.

Kriegskrippe. Die Kriegskrippe der 3. Klein-Kinderküche, St. Lorenz-Süd, Moislinger Allee 84, bedarf sehr der Unterstützung durch freiwillige Helfer. Junge Frauen und junge Mädchen, die Freude haben an gemeinsamer Tätigkeit und Liebe zur Arbeit an dem in schwerer Zeit geborenen Geschlecht und die von ihrer freien Zeit wünschentlich einen oder zwei Nachmittage oder die Morgenstunden unentgeltlich hergeben können, werden gebeten, sich bei dem Vorsteher der Krippe, Pastor Wittenstein, Moislinger Allee 96, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr zu melden.

pb. Jüngendliche Diebe. In dem Sack zweier Knaben wurde gestern ein Paket enthaltend 17 Viertelpfund Dr. Deckers Speisemehl, Marke „Gustin“, vorgefunden. Da die Knaben, als sie mit dem Paket angehalten worden sollten unter Zurücklassung des Paketes die Flucht ergriffen, ist anzunehmen, daß sie dasselbe gestohlen haben.

pb. Verhaftet wurde ein mehrfach vorbestrafter Schlichtergerfelde aus Holtenborn, der im hiesigen Schlachthaus einige Herzißläge entwendet hatte.

ph. Gestohlenes Malz. Von einer Malzfabrik, die für eine hiesige Brauerei bestimmt war, ist ein Sack Malz im Gewichte von 160 Pfund abhanden gekommen und vermutlich gestohlen beim unterirdischen Wenden. Der Sack trägt die Bezeichnung „H. Donath, Malzfabrik, Breech in Holstein.“

Schlutup. Liebesgaben sind vom Vaterländischen Frauenverein wieder ins Feld gelangt worden, und zwar 250 Mädchen mit Strümpfen, Zigarren, Zigaretten, Tabak und Ragguiluppen. Verküschlicht wurden auch die Kriegsgefangenen. Wie bei den vorhergehenden Sendungen haben sich auch diesmal Hroelsdorfer Einwohner wieder in ausgiebiger Weise beteiligt. Für ein uns nähergehendes Bataillon auf dem südlichen Kriegsschauplatz haben dieser Tage eine Anzahl Firmen ein ganzes Fuder Fischmarinaden und 4 Sack Kartoffeln gestiftet. Diese Stiftung wird bei den Empfängern, die bisher noch nicht mit Liebesgaben haben versorgt werden können, sicher den herzlichsten Dank auslösen.

Altona. Für 10 000 Mark Wertfachen gestohlen. Der beim Scheitern Kommerzienrat Albert Warburg an der Palmallee in Stellung gewesene Diener Mallajen hat seinem Herrn für 10 000 M. Wertfachen entwendet und ist sodann mit der Berte geflüchtet.

Kiel. Werftarbeiter und Kriegshilfe. Als in den ersten Monaten des Krieges die Unterstützung der Kriegerfamilien aus staatlicher und kommunaler Unterstützung bei weitem nicht genügt wurde, wurde in Kiel auf Anregung der organisierten Arbeiter die „Kielser Kriegshilfe“ errichtet. Beamte und Arbeiter der Werften und der Privatbetriebe, staatliche und städtische Beamte und Arbeiter und viele sonstige Privatpersonen verpflichteten sich, einen regelmäßigen Beitrag zur Kriegshilfe zu leisten. Von den Beamten und Arbeitern wurden durchweg 5 und 3 Proz. des Einkommens, je nachdem, ob der Viskueernbe ledig oder verheiratet ist, gegeben. Die Kielser Kriegshilfe hat bis jetzt auf diese Weise 3 1/2 Millionen Mark aufgebracht, wovon rund 2 Millionen aus Beiträgen der Arbeiterklasse stammen. Dabur wurde es möglich, die Unterstützung der Kriegerfamilien auf eine einigermaßen anständige Höhe zu setzen. Es werden jetzt als staatliche und kommunale Unterstützung und als Zuschuß der Kriegshilfe gegeben: der Frau eines Kriegsteilnehmers 51 M. monatlich und für jedes Kind 11,50 M. mehr ohne eine Begrenzung bei steigender Kinderzahl, jedoch z. B. eine Frau mit 7 Kindern monatlich 131,50 M. erhält. Nach der letzten Abrechnung vom 1. Dezember 1915 waren in Kiel insgesamt ausgegeben worden an reichsgesetzliche Unterstützung 2 873 784 M., an kommunaler Unterstützung 1 255 654 M. und an Zuschuß aus der Kriegshilfe 2 545 413 M. Die Hauptträger der Kriegshilfe sind die Arbeiter der drei großen Kielser Werften: Kaiserliche Werft, Kruppische Werft und Howaldtische Werft. Die mangelhaften Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung haben nun mit Recht großen Unwillen in den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgerufen und bei vielen den Gedanken entzünden lassen, die Zahlungen zur Kriegshilfe einzustellen. Eine Sitzung der Vorstände der Gewerkschaften, der Vertrauensleute und der Arbeitervertreter auf den drei großen Werften beschloß sich deshalb am letzten Sonntag mit der Kriegshilfe. Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Vertrauensleute verpflichteten, alles aufzubieten, daß die Kielser Kriegshilfe in der bisherigen Form beibehalten wird. In der Resolution werden weiter von den kommunalen Behörden durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und Verteilung verlangt und darauf hingewiesen, daß das Festhalten der freiwilligen Kriegshilfeorganisation wesentlich von den Maßnahmen des Bürgertrats auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung abhängen wird.

Wismar. Unterm Burgfrieden. Von hier wird der „Maffens Volksg.“ gemeldet: Bei der Zerdringung unseres Gemeindegereger am Sonnabend nachmittag ereignete sich folgender besprechlicher Zwischenfall. Unter den zahlreichen von Vereinen und Privatpersonen gestifteten Kränzen befand sich auch ein Kränzchen aus dem Kreis der Arbeiterklasse, gestiftet vom Sozialdemokratischen Verein. Als nun die Kränze aufgenommen werden sollte, verlangte der Jug-

führer der maffenschen Abteilung von der Mutter des Kränzens einen, einer 70jährigen Frau (die Ehefrau wurde nicht genannt) die Entfernug des Kränzes, andernfalls würde die Abteilung zurücktreten. Die alte Frau willigte in ihrer Bestürzung ein, bog der Kränze zurück. Absahm wurde der Sarg aufgenommen.

Bremen. Erhöhte Leuzungszulage im Bremer Braugewerbe. Die Bremer Brauer-Societät sowie die Vereinigung Union-Brauerei erhöhten die monatliche Leuzungszulage für verheiratete männliche Arbeiter von 12 M. auf 15 M., für unverheiratete männliche von über 16 Jahren sowie für Arbeiterinnen von 8 M. auf 10 M., für die jugendlichen Arbeiter von unter 16 Jahren von 6 M. auf 8 M. und zwar vom 1. Februar ab zuerst zahlbar am ersten Lohnzahlungstage im März.

] Odenburg. Ein Verksammlungsverbod. Das Generalkommando des 10. Armee-Korps Hannover verbot die Versammlungen der Sozialdemokratischen Vereine von Odenburg, Odenburg, Ohrebe und Odenburg. In den Versammlungen sollte über die Stellung der Frau im hertigen wirtschaftlichen und öffentlichen Leben gesprochen werden. Die Handzettel, die zu den Versammlungen in einer kurzen Anrede einladen, wurden beschlagnahmt. Als Begründung wird angeführt, daß die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung durch die Versammlungen gefährdet würde. Gegen die Verfügung ist Beschwerde erhoben.

Neueste Nachrichten.

Die Höhe Toter Mann erklämt. Ueber 1000 Franzosen gefangen.

W. W. Großes Hauptquartier, 15. März. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Neuve Chapelle jenseits der Fronten mit ihrer Bejagung in die Luft. Die englische Artillerie richtete schwere Feuer auf Lens. Die französische Artillerie war sehr tätig gegen unsere neue Stellung bei Belle au Mort und gegen verschiedene Abschnitte der Champagne.

Im S der Maas jebden jähslische Truppen mit kräftigen Schwünge ihre Divion aus der Gegend östlich des Rabenwaldes auf die Höhe Toter Mann vor. 25 Offiziere und über 1000 Mann vom Feinde wurden unermundet gefangen. Bismal wiederholte Gegenangriffe brachten den Franzosen keinerlei Erfolge, wohl aber empfindliche Verluste.

Auf dem rechten Maasufer und an dem Othang des Cotes rängen die beiderseitigen Artillerien erbittert weiter.

In den Vogesen und südlich davon unternahmen die Franzosen mehrere kleine Erkundungsvorstöße, die abgewiesen wurden. Lieutenant Leffer schloß nördlich von Sapaume das 4. feindliche Flugzeug, einen englischen Doppeldecker, ab.

Bei Bimn (nordöstlich von Arras) und bei Sierny an der Maas (nordöstlich von Verdun) wurde je ein französisches Flugzeug durch unsere Abwehrgejähre heruntergeholt. Ueber Hausmont, nördlich von Verdun, führte ein französisches Großflugzeug nach Luftkampf ab. Die Insassen sind gefangen, die der übrigen sind tot.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Die Lage ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

Aus Nah und Fern.

Die Jewelndiebin als Dienstmädchen. Ein Dienstmädchen, das schon wiederholt die Strafbehörden beschäftigt hat, befindet sich augenblicklich in Berlin in Untersuchungshaft. Es handelt sich um die 28 Jahre alte, aus Harmsdorf im Kreise Ronitz gebürtige Martha Michalitsch, die als großjährige Diebin in allen Hauptstädten Europas ihre Gastrollen gegeben hat. Die Verhaftete spricht nicht nur vollendet Deutsch und Jlämisch, sondern auch Französisch und Englisch. Wenn sie einen großen Diebstahl plante, nahm sie eine bessere Stellung in einem vornehmen Hotel an. Dort blieb sie nur so lange, bis sie die Gelegenheit zur Ausführung eines Diebstahls fand. So erbeutete sie vor drei Jahren in einem Hotel in London für 25 000 Mark Schmuck. Bald darauf traf sie in Berlin auf. Hier begnügte sie sich mit Kleinigkeiten. Sie vermittelte sich als Dienstmädchen bei Schankwirten in der Köpenicker, der Gertrauden-, der Stauffeneier- und Fischertraje. Sobald sich eine Gelegenheit fand, verschwand sie mit der Tageskaffe und allem, was sie sonst noch an Schmuck und Wertachen mitnehmen konnte. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Berlin wandte sich die Diebin, die sehr sicher und gewandt auftrat, nach Brüssel und vertrieb dort dieselben Straftaten, bis sie endlich ergriffen wurde. In Brüssel wurde sie zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 7 Monaten verurteilt. Beim Ablauf der Strafe stand Belgien bereits unter deutscher Verwaltung. In Friedenszeiten wäre die reisende Diebin nach London ausgeliefert worden, um dort wegen des Jewelndiebstahls abgerichtet zu werden. Jetzt aber wurde sie nach Berlin gebracht, um sich hier wegen der vier Diebstähle zu verantworten.

Die neue Zeit und der alte Geist. Bei dem Postamt 1 in Posen sind seit einiger Zeit infolge Personalmangels zwölf weibliche Personen als Briefträgerinnen beschäftigt. Eine dieser jungen Mädchen war Mitglied des „Maffisvereins Posen“, dessen Dirigent ein Kinderarzt und Postvertrauensarzt Dr. Burrow war. Das Mädchen, dessen Veeber Loth und jetzt zum Heeresdienst eingezogen ist, war bisher Schneiderin und wohnt bei den Eltern. Nun traf es sich, daß dieses Mädchen beim Bestelldienst mit der Briefträgerin eines Tages auf der Straße der Frau Dr. Burrow begegnete, die ihren Gruß kaum erwiderte. Kurze Zeit darauf erhielt die junge Briefträgerin, nach Mitteilung der „Berliner Beamten-Korrespondenz“ folgendes Schreiben:

Posen, 11. Februar 1916.

Frauen G. Posen.

Es sind im Kreise des Vereins „Damenchor des Maffisvereins“ Bedenken laut geworden, ob Ihre jetzige Beschäftigung als Briefträgerin sich mit den Grundfäden des Vereins deckt. Der Vorstand des Vereins hat in seinem Interesse deshalb Beschlossen, Sie zu ersuchen, den Voben und Aufführungen, solange Sie Ihrer jetzigen Beschäftigung nachgehen, fernzubleiben. Eventuell geliebte Notenmaterial wollen Sie bitte bald dem Verein wieder zustellen.

Der Vorstand des Vereins „Damenchor des Maffisvereins Posen“ (Unterkräften.)

Die Dornierheit, die aus diesem Schreiben spricht, übersteigt wahrlich alle Grenzen. Die Vereinsdamen, die vor dem Kriege sich noch herabließen, mit der Schneiderin zusammen in einem Verein zu wirken, rücken nun in dieser verzelebenden Form von derselben Person ab, nur weil sie infolge nicht genügender Erwerbsmöglichkeit in ihrem Berufe sich nach einem anderen Ausschau, der jenen Damen nicht mehr standesgemäß erscheint. Das ist Kaufgeist schlimmster Sorte, der um so bedauerlicher ist, als er burhaus im Widerspruch steht zu dem im Kriege oft behaupteten Willen, die Standesunterschiede zu verwischen. Das Vorgehen dieses Vereins hat auch bereits Beurteilung in bürgerlichen Kreisen gefunden, die sich in scharfen Worten dagegen wandten. Vorgänge ähnlicher Art, die uns zu Ohren gekommen sind und über die wir zum Teil berichtet haben, lassen aber erkennen, daß von dem neuen Geist der Kriegszeit bei vielen Leuten nichts zu spüren ist. Ihr Standesbündel ist so tief eingegraben, daß er sich auch durch den härtesten Gemeinschaftswillen nicht befreiben läßt.

Fliegerjähde. Dem „Temp“ zufolge ereignete sich am 12. März zwei schwere Fliegerunfälle. Ueber dem Jügend-

Comenonville kürzte ein Zweifacher ab. Beide Inlaster, Militärflieger, sind tot. Bei Stampes kürzte ein anderer Militärflieger ebenfalls tödlich ab.

Weitere Lawinenfälle in den italienischen Alpen. Mailänder Blätter melden aus Bergamo: Im Val Seriana ging eine Lawine nieder. Vier Gehörte wurden verschüttet; 10 Personen sind tot. Im Longarone ging ebenfalls eine ungeheure Lawine nieder. 14 Häuser wurden verschüttet und zwei Personen getötet. Im Val Canonica wurden acht Straßenarbeiter durch einen Lawinenfall getötet.

Literarisches.

„Die Glode“, Sozialistische Halbmonatschrift, Herausgeber: Barons (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das 14. Heft dieser aktuellen Zeitschrift, die vom 1. April an wöchentlich erscheint, ist eben erschienen und enthält folgende Artikel: Hermann Kranold: Deutsche sozialistische Schriften zum

Kriege: H. Deus-Dessau: Wie wollen wir uns verhalten?; Paul Hirsch: Zur Abwehr; Franz Diederich: Weltkrieg-Romane; Salomon Dembiger: Im Hilfsverein. — Des Hausierers Klage. — Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 25 Pfg. bei allen Buchhandlungen.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
 Preussische Verlustliste Nr. 480.
 Bayerische Verlustliste Nr. 254.
 Sächsische Verlustliste Nr. 262.
 Württembergische Verlustliste Nr. 355.
 Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Handels- und Marktnachrichten.

Rohbermarkt.

Auftrieb: 899 Stk.	Handel: gut.	Des. f. 50 kg Lebendgem.	208—217
		Des. f. 50 kg Schlachtgen.	219—233
Doppeltender b. z. 4 Mon. alt	I. Qual.	142—152	200—213
Feinste Mastfäbder	II.	128—140	164—198
Mittlere	III.	112—127	
Geringere		90—110	

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
 Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zeichnet die Kriegsanleihe!

Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu 98,50
 oder

Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu 95.

Die Kriegsanleihe ist
das Wertpapier des Deutschen Volkes
 die beste Anlage für jeden Sparrer, sie ist zugleich
die Waffe der Daheimgebliebenen

gegen alle unsre Feinde, die jeder zu Hause führen kann und muß, ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark, bis zum 20. Juli 1916 zahlbar, ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungsgesellschaften, den Kreditgenossenschaften oder bei der Post in Stadt und Land.

Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere ergeben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen.

1168

Die Bekanntmachung betreffend Einziehung, Ablieferung und Einziehung der durch die Verordnungen M. 325/7. 15. K. R. A. und M. 326/7. 15. K. R. A. beschlagnahmten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Reinnickel vom 16. November 1915 (Nr. M. 3231/10. 15. K. R. A.) wird mit einigen neuen Zusätzen heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden wiederholt veröffentlicht.

Mitons, den 15. März 1916.

1167) **Stabs. Generalkommando IX. U.S.**

Bekanntmachung

betreffend die Regelung des Verkehrs mit Butter.

Bei der Marke von Butter ein Verbot... (text continues with details of butter regulations)

Süder, den 14. März 1916.

1170) **Das Polizeiamt.**

Tüchtige Rock- u. Westenschneider
 bei dauernder Arbeit auf Werkstätte
Justus Meyer.

1172

Neue Kriegs-Anleihen
 prospektgemäß.
Holsten-Bank
 Abteilung Lübeck

Königsstraße 57. Am Schischthof.

Die Kommission des Senats für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Futterstoffen.

De-De-Fleisch Pfd. 1.— Mk.

Verkauf täglich, Dienstag und Freitag ausgenommen, an jedermann bei **Jul. Schober, Große Burgstraße 55.**

Ausschuss für Kriegshilfe.
 Der Preis für Kartoffeln beträgt von heute an für 10 Pfund Mk. 0,60.

Exterakt. Junglings-Anzug
 in großer Auswahl... (text continues with details of clothing)

Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur.
 Donnerstag, den 16. März, abends 8 Uhr:
Voltsabend im großen Logensaale St. Annenstraße 2.
 Vortrag von Frau Marie Schmidt, Leipzig über: Zweckmäßige Unterkleidung.

Die Vortragende bringt eine große Auswahl erprobter Unter- und Oberkleidung mit, die sie selbst vorführt. Es wird auch gezeigt, wie man Rock und Bluse gesundheitslich einwandfrei tragen kann. Am Schluß: Vorführung schlichter Jungmädchenkleider, für Kaufmänninnen besonders geeignet.

Eintrittskarten sind nur an der Abendkassa zu haben. Preis 0,20 M.

Anlauf von Eisen, Zeitungen u. Knochen. Hausstandstumpen zahle 5 Pfg. per Pfd.
Schwarzian und Renefeld
 Annahme Barmer Straße 17, Renefeld. (1178)

Dr. Seitz, Fackenburg
 am Donnerstag verweist. (1177)

Uhren
 von 2,50 an. (1172)
 Gold. Trauringe, Myrtenkränze, Rathenower Brillen v. 1,50 M. an.
H. Schultze, Uhrm. u. Goldschm.
 ob. Johannisstr. 20. (1178)

Glasarbeiten
 aller Art off.
C. Tausch, Glasarbeit.
 Johannisstr. 35. Fernr. 2882. (1169)

Stadttheater.
 Mittwoch, d. 15. März 1916:
 Anfang 8 Uhr:

Das Wintermärchen.
 Schauspiel von Shakespeare.
 Donnerstag, d. 16. März 1916:
 Anfang 8 Uhr:
 Gastspiel v. Stanislaus Fuchs

Die Fledermaus.
 Operette von J. Strauß.
 Freitag, den 17. März 1916:
 Anfang 8 Uhr:

Hoffmanns Erzählungen
 Phantastische Oper von J. Offenbach.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preussischen Landtag.

Zu der zweiten Lesung des Etats des Kultusministeriums, die am Dienstag im Abgeordnetenhaus begann, haben die Sozialdemokraten eine Reihe Anträge eingebracht. Ein Antrag ersucht die Regierung um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der das Schulwesen auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt. Der zweite Antrag verlangt die Streichung aller Staatszuschüsse für kirchliche Zwecke. Der dritte ersucht die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Steuerprivilegien der Geistlichen und Lehrer. Der letzte Antrag endlich richtet an die Regierung die Anforderung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß sämtliche Vermögen der sogenannten toten Hand zur Reichs-, Staats- und Kommunalsteuer herangezogen werden.

Wenn auch in der Debatte bisher ein Sozialdemokrat noch nicht zu Worte kam, so drehte sich doch die Aussprache zum großen Teil um diese Anträge. Der konservative Abg. v. d. Osten machte bei der Beratung des Kultusetats für eine energische Kriegführung scharf. Er wandte sich entschieden gegen die sozialdemokratischen Anträge, besonders gegen die Einheitschule, die er als Rückschritt bezeichnete und trat, ebenso wie nach ihm die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen, für den Religionsunterricht in der Volksschule ein. — Der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaufmann nannte die Abschaffung des Religionsunterrichts ein Unglück, ja, er forderte sogar, daß der Religionsunterricht auch in den Lehrplan der Fortbildungsschule eingeführt wird. Auf einen ähnlichen Standpunkt stellte sich Abg. Dr. v. Campe (Natl.) Der Kultusminister hatte demgegenüber eine leichte Aufgabe, er brauchte sich nicht die Mühe einer Widerlegung der sozialdemokratischen Anträge zu machen; er konnte sich einfach darauf zurückziehen, daß er sich hierzu nicht zu äußern brauche, da die Anträge ja doch abgelehnt würden. Als letzter Redner kam der Fortschrittler Dr. Traub zu Worte, aus dessen Ausführungen besonders kein Eintreten für die Gewissensfreiheit hervorzuhören ist. Mit allem Nachdruck bezeichnete er jede Bedrückung der Dissidentenkind als ein Unrecht.

Hierauf wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt.

Bundesratsbestimmungen über Einfuhr von Rädern.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die am 20. März in Kraft tretende Bekanntmachung über die Radeinfuhr, wonach aus dem Auslande eingeführte Räder nur durch die Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin oder mit ihrer Genehmigung, und in der von ihr vorgeschriebenen Kennzeichnung als „Auslandsräder“ in den Verkehr gebracht werden darf.

Die verstärkte Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses

begann am Montag die Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommens- und Ergänzungsteuer. In seiner einleitenden Rede erklärte der Finanzminister Dr. Lenz sich entschieden gegen eine Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums sowie gegen weitere Steuererleichterungen. Andererseits wandte er sich auch dagegen, daß die Progression, die bekanntlich bei Einkommen von 100 000 Mark halt macht, darüber hinaus noch gesteigert wird. Er erklärte, daß eine solche Steigerung bedenkliche Folgen haben könne, der Anreiz zur Steuerhinterziehung wachse, Handel und Wandel würden erheblich geschädigt und der Unternehmungsgeist lasse nach. Den Schaden habe davon das ganze Wirtschaftsleben, nicht zuletzt die Arbeiter. Ferner bekämpfte der Minister die von konservativer Seite beantragte Begrenzung des Gesetzes auf ein Jahr. Er bezeichnete es als unbedeutend, alljährlich ein neues Steuergesetz zu beraten und stellte sich auf den Boden der Vorlage, wonach die Steuerzuschläge solange gelten sollen, bis ein nach Abschluß

des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Etat in Kraft tritt.

Die Aktionäre der Rüstungsindustrie und die Kriegsgewinnsteuer.

Dieser Tage fand in Düsseldorf die Generalversammlung der „Rheinmetall“ statt, der „Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik“ (Hauptstz Düsseldorf), nach Krupp das größte Unternehmen in der deutschen Rüstungsindustrie. Zu den in der Gewinn- und Verlustrechnung eingeschlossenen 5 300 000 Mark als Rücklage für Kriegsgewinnsteuer gab der Vorsitzende Kommerzienrat Max Trinius die folgende Erklärung ab: „Aus Aktionärkreisen ist bei der Verwaltung angeregt worden, an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, daß der Rhein-Metall eine mildere Belastung durch die Kriegsgewinnsteuer zuteil werden möge. Diese Anregung wurde damit begründet, daß unsere Gesellschaft jahrelang verlustbringend gearbeitet hat und ohne Dividende geblieben ist, und zwar in der Hauptsache infolge der großen Opfer, welche unsere Gesellschaft im Interesse der Kriegsausrüstung unseres Vaterlandes gebracht hat. Während aber jetzt unser Unternehmen die Früchte der jahrelangen schweren Arbeit hätte ernten können, wird dasselbe, wie kaum ein anderes, durch die Kriegsgewinnsteuer getroffen, insbesondere auch noch dadurch, daß das Geschäftsjahr 1913/14 als Kriegsjahr hinzugenommen werden muß, während in demselben nur 10 Friedensmonate zu dem guten Ergebnis beigetragen haben und die Monate August und September durch Umstellung des Betriebes das Ergebnis ungünstig beeinflussten. Die Verwaltung ist grundsätzlich nicht gegen die Kriegsgewinnsteuer, aber sie glaubte der gegebenen Anregung sich nicht verweigern zu dürfen und hat infolgedessen an maßgebender Stelle eine Eingabe wegen erleichternder Anwendung des Kriegsgewinnsteuergesetzes unierem Unternehmen gegenüber gemacht.“

Die Kriegsteilnehmer als Landarbeiter

einzureihen, wünscht ein Dr. Weber in den Mitteilungen der Konfessionellen Partei. Auf den Wanderarbeiter ist Weber nicht gut zu sprechen.

Für den Großgrundbesitzer sei der Wanderarbeiter eine sehr unerfreuliche Erscheinung; daß der Wanderarbeiter nicht so viel leistet wie der in der preussischen Volksschule erzogene Landarbeiter sei selbstverständlich. Abgesehen davon aber komme unter den Wanderarbeitern der Kontraktbruch als Massenphänomen vor. Hierzu komme dann noch die ungeheure Gefahr für das deutsche Volk. Millionen deutschen Volksermögen wanderten ins Ausland. Und dann achte man die Gegensätze zwischen dem ausländischen Wanderarbeiter und dem einheimischen nicht genug. Der Deutsche habe einen sehr feinen ausgeprägten nationalen Instinkt, der in den unteren Schichten vielfach stärker entwickelt sei als in gewissen modern gebildeten Schichten des Volkes, denen die geistlosen Stätten der Internationalität gerade gut genug seien. Die nichtbeschäftigten Kriegsteilnehmer wären am besten in der Landwirtschaft aufgehoben, wo sie von den unzahlbaren Wunden am ehesten genesen würden. Wie sich Weber die „Hegung“ der Arbeiterfrage denkt, geht aus diesem Absatz hervor:

„Für die ständigen Arbeiter kommt neben einer möglichen Ausdehnung der Privatwirtschaft die Gewährung von viel Naturallohn in Frage. Es ist schon berührt worden, daß die Umwandlung der Naturallohn in Gelddarlehen zur Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebe in industrielle Betriebe beiträgt. Je mehr Naturallohn gegeben wird, desto mehr wird der Zusammenhang der Landarbeiter mit der Landwirtschaft erhalten, und desto weniger kommt der Landarbeiter in die Lage, sich sozial den städtischen Arbeitern gleich zu fühlen und die gleichen Schreckungen anzunehmen.“

Mit solch feudalen Anschauungen werden die unbeschäftigten, nicht mehr im vollen Besitz der Kräfte befindlichen Kriegsteilnehmer in Massen gefangen werden — oder auch nicht!

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarischen Agrarier gegen eine deutsch-österreichische Zollunion. Im Exekutivkomitee des ungarischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Vereine erkrankte Direktor Julius Kubinek über die jüngst in Budapest von Deutschen, Österreichern und Ungarn besetzte agrarisch-zollpolitische Konferenz Bericht. In dieser Konferenz wurde die Schaffung einer Zollunion für unmöglich erklärt, es herrschte über Uebereinstimmung, daß man noch weiter verhandeln müsse, da außer der Zollunion noch eine andere Lösung denkbar sei, durch die die mit einer Zollunion verbundenen wirtschaftlichen Vorteile gewahrt werden können, ohne daß die zwischen Oesterreich und Ungarn bestehenden staatsrechtlichen Bedenken Beseitigung erlangen. Man ist in Ungarn der Meinung, daß Oesterreich-Ungarn auch bei einfachen Handelsverträgen keine Rechnung finden wird, da die Verhältnisse sich während der neuen zollpolitischen Ära für die Landwirtschaft sehr günstig gestalten haben. Man wünscht von Deutschland nur, daß es Ungarn bei der Zollbehandlung und Feststellung der Eisenbahntarife die direkten Nachteile sichert und bei der veterinären Behandlung keine künstlichen Hindernisse aufstellt.

Amerika.

Der Zwischenfall zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten. Washingtoner Depeschen sprechen die Meinung aus, daß die amerikanische Expedition nach Mexiko den Beginn einer Intervention bedeutet. Diese Besorgnis wurde durch die beunruhigenden Nachrichten über die Haltung der Regierung Carranzas verklärt. Die Erklärung jedoch, daß Präsident Wilson und Staatssekretär Lansing beschlossen haben, den Vorschlag Carranzas anzunehmen, nach dem Carranzas Truppen im Gegenleistungswege das Recht zugesichert wird, amerikanischen Gebiet zu betreten, wenn es zur Verfolgung mexikanischer Räuber nötig ist, wird, wie amerikanische amtliche Kreise erwarten, die Lage von ihrem bedrohlichsten Moment befreien. Es wird erklärt, daß die Annahme von Carranzas Vorschlag in der Praxis keine Wirkung haben werde, weil genügend amerikanische Truppen an der Grenze gehalten würden, um Grenzüberschreitungen mexikanischer Truppen unnötig zu machen. Die „Evening Post“ sagt in einer Washingtoner Depesche: „Die Annahme des Vorschlages wird viel dazu beitragen, um die aufgeregten mexikanischen Generale zu beruhigen.“ Eine Washingtoner Depesche der „Associated Press“ meldet: „In amerikanischen amtlichen Kreisen wird die Ansicht ausgedrückt, daß hinsichtlich der Haltung Carranzas ein großer Teil unnötiger Pessimismus vorhanden sei. Bezüglich der Haltung der Mexikaner selbst bestimme einiger Grund zur Unruhe.“ Lansing sagte in einer von Wilson gebilligten Erklärung: „Die begonnenen militärischen Operationen werden gewissenhaft auf das bereits angeführte Ziel beschränkt und unter keinen Umständen wird es den Truppen gestattet werden, die Souveränität Mexikos auch nur im geringsten zu verletzen. Im Gegenteil soll das, was jetzt geschieht, in wohlüberlegter Weise der Möglichkeit einer Intervention vorbeugen.“

Aus der Partei.

Der Prozeß gegen die „Internationale“ vertagt. Am 22. ds. Mts. sollte vor dem Landgericht in Düsseldorf der Prozeß gegen die Herausgeber und Mitarbeiter der „Reichs-Lübener Zeitung“ „Die Internationale“ stattfinden. Jetzt haben die Angeklagten die Mitteilung erhalten, daß gerichtlicher Anordnung zufolge der Termin auf unbestimmte Zeit vertagt ist.

Aus den Organisationen. Eine erweiterte Kreisversammlung für den Wahlkreis Guben-Lübben besaßte sich u. a. mit der Haltung der Reichstagsaktion, über die der Reichstagsabgeordnete Otto Wels referierte. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Guben-Lübben billigt die Politik der Reichstagsaktion vom 4. August 1914 und verurteilt die Haltung der 20 Opponenten, sowie alle Handlungen, welche geeignet sind, die Einheit der Partei zu gefährden.“

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Haring).

18. Fortsetzung.

Wer war da nun froher als Herr Hafe und schüttelte sich mit den Brüdern die Hände, und bat sie, wenn sie heimkehrten, möchten sie in Stülpe ansprechen; auch ließ er sich nicht nehmen, daß, wenn sie ihm vergönnten, in ihrer heiligen Gemeinschaft mitzugehen, der Prior auf sein Pferd steige, er wolle, was ihm gebühre, und er führte das Hof. Aber er begriff nicht, was sie denn in Frankreich wollten.

„Ihr seid doch schon geflücht, was braucht ihr also noch Ablauf.“

„Ziehen auch nicht um Ablauf nach Frankfurt,“ sagte der ehemalige Schmied und machte mit dem Arm eine Bewegung, die nach dem dem Amboss schmeckte.

„Ah, ihr wollt mit ihm disputieren?“

Der Schmied schüttelte den Kopf, er sah den Prior an, ob der's billigte, aber lassen konnte er's nicht, es mußte raus: „Wer wollen den Doktor Luther verbrünnen.“ Und alle, die es hörten, begleiteten mit schrecklichen Gebärden die Antwort.

„Wer ist der Doktor Luther?“

„Da meinen die Barfüßler, daß man es nun recht klar sehe, wie der böse Feind den armen Ritter besitze, daß er nicht einmal wußte, wer der Doktor Luther war, und alle wollten es ihm mit einmal erklären. Da schrien sie: „Er ist ein Ketzer.“ — „ein Kästermann.“ — „ein Dieb, er will den Papst bestechen.“ — „Ein Ignorant,“ sagte ein gelehrter Mönch, „er leugnet die Kraft des Ablasses.“ — „Die wundertätigen Bilder hätten keine Kraft,“ aber der Chor sagte: „Ein Erzjudas, ein Ungläubiger und Heide, der brennen muß.“

Der Prior aber wollte's ihm besser erklären: „Als wie ihr, Ritter, den falschen Reichsgroßen dem Priester gabt, gibt er falsche Lehre dem Volk für wahre aus.“

„Verbrünn ihn!“ schrie der Hof, als überkam's ihn, und stachte in die Fäuste. Da richtete sich sein Pferd baumgerade auf, und der Prior lag, ehe einer ihm beibringen konnte, auf der Erde. Zum Glück fiel er, wo's weich ist, und tat sich keinen Schaden, wollte aber nicht mehr aufs Pferd. Am Freitag, da der Ritter nicht selbst reiten wollte, ein anderer, der Goltz, auf den Kleeper. Aber wie es nun kam, als der Stülpe ganz wie außer sich war, daß einer sich untersehen konnte, dem Volke falsche Lehre zu predigen, und dafür wäre Verbrennen noch zu wenig, und wie er mit der Faust gegen das Eisenblech auf seiner Brust schlug, da schlug sein Pferd mit beiden Seiten hinten aus und der Kap-

ferd; also mußte Hafe wieder hinauf. Aber jetzt ward das Tier erst wirch. Und wie auch der Ritter sich gar nicht zur Ruhe gab, daß ein Priester falsche Lehre lehren könne, da war's, als hätte's die Tarantel gestochen und schlug vorn und hinten und links und rechts aus, daß die frommen Brüder nicht weit genug davon bleiben mochten. Es half auch nichts, daß der Ritter sie bat, daß sie die Litanei singen möchten und die Wechsellied um ihn schwenkten, je mehr sie sangen und Kreuze schlugen, so wilder freute das Pferd, daß sie recht sahen, wie der Teufel Macht darüber hatte, und hielt den armen Ritter für einen verlorenen Mann. Insbesondere, als er den Kopf umwandte und rückwärts sah, als könnte er den Hals drehen, wie eine Scherbe. So ritt er eine Weile und sprach kein Wort, aber seine Augen wurden immer größer und rollten in den Höhlen, und nun sperrte er den Mund auf wie ein Scheunentor und rief: „Gott sei unser aller Seelen gnädig, da kommen sie!“ Und eh sie sich umsehen konnten, heulten die Wölfe. Der Stülper flog wie der Wind und die Barfüßler hinter ihm. Wer's sah, der hätte's nicht geglaubt, das man so was sehen könnte. Fünfzig oder sechzig Barfüßler, und in Kutten, und auf dem blanken Schnee reut sich's schlecht. Mander lag schon und war liegen geblieben, mit gesundenem Knie, bis sie alle nicht mehr laufen konnten. Da war der Ritter vor Stülpe langst aus dem Gesicht und die Wölfe auch, so schnell waren sie gelaufen. Aber sie sprachen macher nicht gern davon.

Den Ritter haben sie in Frankfurt nicht wieder gesehen. Einige aber meinen, die ganz Geachtete wäre eine Verwechslung mit den Prälaten im Walde, denn die Furcht ist ansteckend, und was einer gesehen hat, das möchte der andere auch gesehen haben. Wie dem nun sei, in der Chronik steht's nicht geschrieben.

Acht's Kapitel.

Tegel in Frankfurt.

Wer mit gesundem Verstand hätte es vermocht, nach Frankfurt an der Oder zu eilen, um den großen Spektakel mit Augen zu sehen.

Alle Glocken hatten geläutet als er einog, der hochgelohnte Herr Johann Tegel, Baccalaureus der Heiligen Schrift, Lehrermeister, Predigerordens Subdelegierter des hochgeborenen Fürsten und Herrn Albrecht, Erzbischofs von Mainz und Regensburg, des heiligen Römischen Reiches durch Germanen Erzbischof, Kommissarius durch Gnade und Balle Seiner Heiligkeit des obersten Bischofs zu Rom und Pontifex, Leo X. Sein Prälat war noch mit solcher Kraft in Frankfurt eingezogen. Er ritt auf einem weißen Pferde, so ihm der Magister, auf Rembrandt des Meisters Wapman, bis ins nächste Dorf entgegengeführt; hinter ihm schritten neben ihm. Vor ihm, auf einem Samitieren, trug der Magister den weißen Erzbischofsstab bis nach

gament sich näherte, die Weiber stürzten sich auf die Knie, einige waren so verwegen und fürwichtig, daß sie herandrängen wollten und die Kapfel mit dem Siegel, die herunterging, fassen; aber die Hartigste ließen sie jurid. Einige hundert Schritt vorn vor kam ihnen eine Prozession entgegen, voran die Kartäuser von Frankfurt, die Stadtpfarrer, Deputierte der Universität, des Magistrates und Bürger, andere Ordensgeistliche und Studenten; die Kirchenjungen wechten, die Rauchfässer wurden von den Lutherer geschwungen. So unter Rauch, Gesang und Glöckengeläute rückte der Zug nach dem Tore, wo er sich drängte und ein Lärmen entstand, daß kaum die Rede des Bürgermeisters von den Kästchen geendet ward, der die Stunde pries, wo der Abgeordnete den Brief des Heiles in die alte christliche Stadt trage.

Nachher wich alle Ordnung, als der Zug nach der Hauptkirche schwenkte. Die geharrichten Stadtmächte mußten erst mit dem Kolben im vollgedrängten Schiffe Platz machen, denn jeder wollte nun zuerst das rote Kreuz mit des Papstes Wappen sehen, das Tegel selbst inmitten der Kirche aufreichte und mit lauter Stimme führte; es sei so heilbringend als das Kreuz Christi selber. Dann wurden Läden aufgeschlagen, mit rotem Tuch belegt, und Rosten drauß gestellt; die Abläßbriefe herausgenommen und in verschiedene Bänden, nach ihrem Preise, angelegt, beschwert mit bleiernen Löwen, die übergolbet waren. Zu Füßen des Tisches aber neben dem Stuhl für den Dominikaner, stand der große Kasten mit dem Mundloch von Blei, in welchen die Opferpenninge, d. i. die Kaufgelder für die Abläßbriefe geworfen wurden, die aber nicht Pfennige waren, sondern Groschen, Gulden, ja zu Dukatener wurden. Dieses Mal mußte er noch leer sein, obwohl er gewiß mehrere Male schon voll gewesen, denn er ward leicht und ohne Klang vom Wagen über den Tisch auf seinen Platz gehoben.

Heute sollte er indes noch nicht gefüllt werden, in Anbetracht der großen und gelehrten Staatsaktionen, welche dem Verkaufsgeld voranzugehen bestimmt waren. Durch das Warten war die Luft der Kaufslustigen vermehrt. Um deshalb wies Tegel mit sehr wichtigen Mienen die Heilsbedürftigen, in der Mehrzahl Frauen, zurück, welche ihre Geldstücke zwischen den Fingern sah an den Tisch drängten, ohne doch unterlassen zu können, vertrocknen, aber doch mit marktüblicher Stimme ihnen die ungeheure Kraft der Papiere ansurühren, die sie vor sich sahen. Er mußte sich ins Volk, er fragte tief: und jene, was sie bräute; er schien teilnehmend, hier suchte er die Tüfeln, dort klopfte er auf die Schultern. Er warf hin, daß die Sünden dieser Welt sich immer vermehren, daß man nicht genug den heiligen Vater in Rom für seine Guld und Gnade danken könne, sich so, wie er tat, über die Armen und Gerechten zu erheben; er würde dann den Schwert vor der Stirn, selbst die Hand vor der Brust und dankte Gott, daß der heilige Vater, als er seine Heilsbriefe ausverkauft, da noch nicht gewußt von der Fälschung des Ritters.

